VERORDNUNG
über die Gebühren und Entschädigungen vor Gerichtsbehörden
(Gerichtsgebührenverordnung)
(Änderung vom ...)

Der Landrat des Kantons Uri beschliesst:

I.

Die Verordnung vom 16. Dezember 1987 über die Gebühren und Entschädigungen vor Gerichtsbehörden (Gerichtsgebührenverordnung)¹ wird wie folgt geändert:

Erlasstitel

Verordnung über die Gebühren und Entschädigungen vor Gerichtsbehörden (Gerichtsgebührenverordnung, GGebV)

Artikel 1 Absatz 2

²Vorbehalten bleiben die Vorschriften des Bundesrechts, insbesondere die Zivilprozessordnung², die Strafprozessordnung³ und die Gebührenverordnung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs⁴ sowie besondere Vorschriften des kantonalen Rechts.

Artikel 2 Gebührenansätze

¹Das Obergericht regelt die Gebührenansätze in einem Reglement.

²In vermögensrechtlichen Streitigkeiten erlässt es grundsätzlich einen nach dem Streitwert abgestuften Gebührenrahmen.

Artikel 3 Bemessungsgrundsätze

¹Innerhalb des Gebührenrahmens ist die einzelne Gebühr nach dem Aufwand der Gerichtsbehörde festzulegen. Dieser hängt namentlich ab von der Anzahl der Verhandlungen, dem Umfang der Beweisführung sowie der Schwierigkeit des Sachverhalts und der Rechtsfragen.

²Enthält das Gebührenreglement des Obergerichts keinen Gebührenansatz, so setzt die Gerichtsbehörde die Gebühr nach Ermessen fest, wobei sie die in Absatz 1 umschriebenen Bemessungsgrundsätze berücksichtigt.

¹ RB 2.3231

² SR 272

³ SR 312.0

⁴ SR 281.35

Artikel 5 Erhöhung der Gebühr

In besonders umfangreichen oder schwierigen Fällen können die Höchstansätze angemessen überschritten werden.

Artikel 7 Übrige Kosten

Neben den Gerichtsgebühren sind die Kosten für Auslagen der Gerichtsbehörde zu entschädigen, namentlich die Kosten der Beweisführung, der Übersetzung und der Vertretung des Kinds.

Artikel 8 Kostenentscheid

Die Gerichtsgebühren können im Kostenentscheid in einer Pauschale festgelegt werden.

Artikel 9 Bezugsrecht

Die Gebühren und die Kosten gemäss Artikel 7 fallen in die Staatskasse, wenn keine andere Verwendung gesetzlich vorgesehen ist.

Artikel 10 Inkassostelle

¹Die Gebühren werden durch das zuständige Amt⁵ eingezogen.

²Das zuständige Amt⁶ bestimmt die Zahlungsfrist und leitet die Betreuung ein. Es kann die Zahlungsfrist erstrecken und Teilzahlungen gestatten sowie über die Abschreibung nicht einbringlicher Gebühren entscheiden.

Artikel 11 Erlass

¹Gebühren können auf begründetes Gesuch hin ganz oder teilweise erlassen werden, wenn die gesuchstellende Person nachweist, dass sie bedürftig ist oder dass andere wichtige Gründe vorliegen.

²Für den Entscheid über den vollständigen oder teilweisen Erlass ist zuständig:

- a) die Person, die den Kostenentscheid gefällt hat. Entscheide der Staatsanwaltschaft sind nach den Bestimmungen des Gerichtsorganisationsgesetzes⁷ über die Einstellungs- und Nichtanhandnahmeverfügung zu genehmigen;
- b) die vorsitzende Person des Gremiums, das den Kostenentscheid gefällt hat.

³Entscheide über ein Erlassgesuch sind mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde bei der Aufsichtskommission des Obergerichts anfechtbar.

⁵ Amt für Finanzen; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322)

⁶ Amt für Finanzen; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322)

⁷ RB 2.3221

⁴Im Verfahren über den Erlass der Gebühren sowie im Beschwerdeverfahren vor der Aufsichtskommission des Obergerichts werden keine amtlichen Kosten erhoben. Vorbehalten bleibt die Kostenauf-
lage bei mutwilliger Prozessführung.

⁵Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Verordnung über die Verwaltungsrechtspflege⁸, soweit die
Gesetzgebung nichts anderes bestimmt.

Gliederungstitel vor Artikel 13

3. Kapitel: **ENTSCHÄDIGUNGEN DER ZEUGINNEN UND ZEUGEN, BEGLEITPERSONEN UND SACH-
VERSTÄNDIGEN**

Artikel 13 Zeuginnen und Zeugen

¹Die Zeugin oder der Zeuge bezieht für jedes Erscheinen vor einer Gerichtsbehörde ein Zeugengeld.
Das Obergericht legt in einem Reglement die Höhe des Zeugengelds fest.

²Bei erheblicher zeitlicher Inanspruchnahme, bei ausserordentlichen Auslagen und bei ausgewiese-
nem Verdienstaussfall kann eine besondere Zulage bewilligt werden.

Artikel 14 Begleitpersonen

Die notwendige Begleitperson einer Zeugin oder eines Zeugen erhält ebenfalls ein Zeugengeld.

Artikel 15 Sachverständige, Übersetzerinnen und Übersetzer

Die Entschädigung der Sachverständigen oder des Sachverständigen und der Übersetzerin oder des
Übersetzers wird aufgrund der eingereichten Honorarrechnung sowie unter Berücksichtigung der
aufgewendeten Zeit und Schwierigkeit des Auftrages nach Ermessen festgesetzt.

4. Kapitel, 1. Abschnitt, Artikel 16 bis 17

aufgehoben

Artikel 18 Entschädigungsansätze

¹Das Obergericht regelt die Ansätze für die Anwaltsentschädigung in einem Reglement.

²In vermögensrechtlichen Streitigkeiten erlässt es grundsätzlich einen nach dem Streitwert abgestuf-
ten Entschädigungsrahmen.

⁸ RB 2.2345

³Die Ansätze sind so festzulegen, dass die Anwältin oder der Anwalt für ihre oder seine Bemühungen, die unmittelbar mit der Vertretung oder Verbeiständung der Partei im gerichtlichen Verfahren erforderlich sind, namentlich für die Instruktion, die Rechtsschriften, das Studium der Akten und der Rechtsfragen, die Teilnahme an Gerichtsverhandlungen und für die mit diesen Bemühungen im Zusammenhang stehenden Kanzleiarbeiten, entschädigt wird.

Artikel 19 Bemessungsgrundsätze

¹Innerhalb der Mindest- und Höchstansätze ist die Entschädigung nach dem Zeitaufwand, der Bedeutung der Sache für die Partei in persönlicher und wirtschaftlicher Hinsicht, der Schwierigkeit der Sache sowie des Umfangs und der Art der Bemühungen festzulegen.

²Enthält das Reglement des Obergerichts keinen Entschädigungsansatz, so setzt die Gerichtsbehörde die Entschädigung nach Ermessen fest, wobei sie die in Absatz 1 erwähnten Kriterien berücksichtigt.

³In der Regel wird keine Entschädigung zugesprochen, wenn die Anwältin oder der Anwalt in einem Anstellungsverhältnis zu ihrer oder seiner Partei steht.

Artikel 21 Übersetzte Ansprüche

Klagt eine Partei im Verfahren offensichtlich übersetzte Ansprüche ein, so bemisst sich die Entschädigung ihrer Anwältin oder ihres Anwalts nach dem Betrag, der in guten Treuen hätte eingeklagt werden dürfen.

Artikel 24 Absatz 2

²Wird im Strafurteil auch der Zivilanspruch erledigt, so hat die Anwältin oder der Anwalt neben der ordentlichen Anwaltsentschädigung Anspruch auf 10 bis 30 Prozent des für einen Zivilprozess vor erster Instanz massgebenden Honorars.

Artikel 25 Absatz 1

¹Die Anwältin oder der Anwalt hat Anspruch auf Ersatz ihrer oder seiner ausgewiesenen Barauslagen. Spesenpauschalen sind zulässig.

Artikel 26 Entschädigungsgrundsätze

¹Der amtlichen Verteidigerin oder dem amtlichen Verteidiger vergütet der Kanton 75 Prozent der gerichtlich festgesetzten Entschädigung und die Barauslagen.

²Der im Zivil- oder Verwaltungsgerichtsverfahren bestellten unentgeltlichen Rechtsvertretung vergütet der Kanton 75 Prozent der gerichtlich festgesetzten Entschädigung und die Barauslagen, wenn die Partei kostenfällig wird oder wenn der kostenpflichtigen Gegenpartei ebenfalls die unentgeltliche Rechtspflege gewährt worden ist oder sie aus einem anderen Grund nicht mit Erfolg belangt werden kann.

Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe a und b

²Es hat insbesondere:

- a) die Gebührenansätze für das Zivil-, Straf- und Verwaltungsgerichtsverfahren zu bestimmen;
- b) die Höhe des Zeugengelds zu bestimmen;

Artikel 30

aufgehoben

II.

Die Gebührenverordnung vom 30. Juni 1982⁹ wird wie folgt geändert:

Artikel 18 Abschreibung

Über die Abschreibung von nicht einbringlichen Gebühren und Barauslagen entscheidet das zuständige Amt¹⁰.

III.

Diese Änderungen unterstehen dem fakultativen Referendum. Sie treten am 1. Januar 2026 in Kraft.

Im Namen des Landrats

Der Präsident: Kurt Gisler

Die Ratssekretärin: Kristin Arnold Thalmann

⁹ RB 3.2512

¹⁰ Amt für Finanzen; siehe Organisationsreglement (RB 2.3322)